

Riesfaer Tageblatt

Drahtanschrift
Tageblatt Riesfa.
Herrnstr. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptpostamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachnummer:
Dresden 1580.
Circulanz:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 140.

Donnerstag, 19. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag feste Tarife. Bezahlter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesfaeranten oder der Verlegeranstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesfa.

Die Moldenhauerkrise weiter in der Schwebel.

Das Reichskabinett zum Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers. Hindenburg entscheidet über Moldenhauers Rücktrittsgesuch.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem angebotenen Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer und hat ihn einstimmig, von seinem Gesuch Abstand zu nehmen. Da der Reichsfinanzminister demgegenüber auf seinem Rücktrittsgesuch beharrte, wird der Reichskanzler hierüber dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag halten.

Das Ergebnis der Sitzung des Reichskabinetts wird in parlamentarischen Kreisen dahin beurteilt, daß die Reichsfinanzministerkrise weiter in der Schwebel bleibt und die

Entscheidung nun beim Reichspräsidenten liegt,

dem verfassungsgemäß die Entlassung und Ernennung von Ministern zusteht.

Der Kanzler wird nun sobald als möglich nach Neudorf fahren, wo sich der Reichspräsident augenblicklich aufhält. Die Frage, ob er dem Reichspräsidenten vorschlagen wird, das Rücktrittsgesuch abzulehnen, ist offen, weil der Reichsfinanzminister selbst ihn dringend gebeten haben dürfte, hiervon Abstand zu nehmen. Dr. Moldenhauer ist für diesen Wunsch maßgebend, daß er bei einem weiteren Verbleiben in einem auch persönlichen Gegensatz zu seiner Partei und damit in einen schweren inneren Konflikt gezogen würde.

Der Kanzler selbst legt großes Gewicht darauf, Dr. Moldenhauer im Amte zu halten, und dieser Wunsch ist auch von allen anderen Reichsministern in der gestrigen zweifundigsten Kabinettsitzung sehr eindringlich zum Ausdruck gebracht worden.

Ein Verbleiben Dr. Moldenhauers könnte aber für die weitere Entwicklung die Perspektive des § 48 und der Reichstagsauflösung eröffnen.

Diese Entwicklung möchte Dr. Moldenhauer offenbar vermeiden, soweit seine Person den Anlaß dazu geben kann. Auf der anderen Seite ist man in den Kreisen der Reichsregierung der Auffassung, daß das Kabinett, im großen gesehen, nicht eine andere Finanzpolitik verfolgen, sondern nur die Dr. Moldenhauers weiterführen kann. Die angebotene Möglichkeit des Konfliktes mit den Parteien ergibt sich daraus aber auch ohne einen Wechsel im Reichsfinanzministerium. Daraus geht zweifellos der Vorbehalt des Reichskanzlers zurück, daß er sich noch einmal überlegen will, welchen Vorschlag er dem Reichspräsidenten unterbreitet.

Beißt somit die Finanzministerkrise weiter in der Schwebel, so steht doch jedenfalls fest, daß der Bestand des Reichskabinetts im ganzen durch sie nicht berührt wird.

Wie ungeklärt die augenblickliche Lage ist, geht auch aus der in politischen Kreisen vertretenen Ansicht hervor, daß die Parteien in der nächsten Woche unter Umständen sehr viel leichter mit sich reden lassen werden, wenn etwa

das Ergebnis der nächsten Wahlen bittere Ausschläge für den Fall einer Reichstagsauflösung in sichere Aussicht stellen sollte.

Die gestrige Stellungnahme des Unterausschusses des Reichsrates wird ebenfalls noch keineswegs als endgültig bezeichnet, weil die Entscheidung des Reichsrats ja erst in seiner Vollziehung fallen wird. Jedenfalls gehen alle Vorstellungen, die die Krise gestern bereits als ernst bezeichnen, weit über den augenblicklichen Stand der Dinge hinaus.

Auch die Frage der Nachfolge des Reichsfinanzministers wird deshalb erst Ende der Woche spruchreif werden. Im Reichstag nannte man gestern bereits eine Reihe von Kandidaten, von denen bisher aber nur als ziemlich sicher gelten kann, daß sie nicht in Frage kommen; so hat z. B. Reichswirtschaftsminister Dietrich, dessen Kandidatur am lebhaftesten erörtert wurde, kein Hehl daraus gemacht, daß er den Posten des Reichsfinanzministers ablehnen würde, weil er sehr wichtige Pläne für die Ankerlegung der Wirtschaft von der Seite des Wirtschaftsministeriums hegt. Auch die Wiederkehr des früheren Reichsfinanzministers Dr. von Schlieffen darf als ausgeschlossen gelten, weil sein Gesundheitszustand ihm die Übernahme einer so schweren Bürde verbietet. Die Kandidatur eines Abgeordneten der Deutschen Volkspartei dürfte bei der eigenen Fraktion aus grundsätzlichen Erwägungen auf starken Widerstand stoßen, so daß, wenn die Krise durch einen



Wechsel im Reichsfinanzministerium?

Die einstimmige Ablehnung des Reichsnotopfers hat zur Folge gehabt, daß Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer (rechts) sein Vortreffliche zur Verfügung gestellt hat. Man hält es für wahrscheinlich, daß das Ministerium vorläufig von Reichskanzler Dr. Brüning (links) übernommen wird — falls nicht etwa das gesamte Kabinett zurücktritt.



Wechsel im Reichsfinanzministerium gelöst wird, in erster Linie eine außerhalb des Parlaments stehende Persönlichkeit, deren Name noch nicht genannt wird, in Frage kommen dürfte.

Die parlamentarische Lage.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler noch keine Entscheidung darüber getroffen, wann er nach Neudorf fährt, um dem Reichspräsidenten über das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer Bericht zu erstatten. In dieser Woche dürfte die Reise aber nicht mehr erfolgen, da Dr. Brüning die Absicht hat, am Sonnabend die Länderkonferenz zu eröffnen. Inzwischen ist Staatssekretär Wehner in Neudorf eingetroffen. Er hat an der gestrigen Kabinettsitzung noch teilgenommen und ist also in der Lage, den Reichspräsidenten von sich aus zu informieren. Bis zum Vortrage des Reichskanzlers werden die Arbeiten an der Deckungsvorlage weitergeführt. Solange noch keine Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Rücktrittsgesuches vorliegt, sind auch alle Erörterungen über die Nachfolge gegenstandslos. Von unterrichteter Seite wird übrigens in diesem Zusammenhang nochmals bestritten, daß der Kanzler das Finanzministerium gestern dem Reichswirtschaftsminister Dietrich angeboten habe. Es habe zwar zwischen beiden Herren eine Besprechung stattgefunden, die sich aber nur um die allgemeinpolitische Lage drehte, ohne daß dem Reichswirtschaftsminister ein Angebot gemacht worden wäre. Die Situation hat sich also gegen gestern abend nicht geändert. Die Krise im Reichsfinanzministerium bleibt weiter in der Schwebel.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer vor dem Reichsratsausschuß.

Berlin. Der Reichsrats-Ausschuß begann am Mittwoch mit der Generaldebatte über den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung und die Deckungsvorlage der Reichsregierung. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer nahm zu Beginn der Sitzung das Wort zu einer kurzen Begründung der Deckungsvorlage, daß die Durchführung einer geordneten Finanzpolitik die Abdeckung des erkennbaren Defizits unbedingt verlange, wenn der Kredit Deutschlands nicht schweren Schäden leiden solle. Eine Erhöhung der indirekten Steuern oder eine Neueinführung solcher sei, wenn überhaupt, nur in bescheidenem Rahmen möglich, weil von einem solchen Vorgehen eher Mindererträge als Mehrerträge zu erwarten seien. Eine neue Belastung der Wirtschaft durch unmittelbar liegende direkte Steuern sei wegen der schon bestehenden Überlastung der Wirtschaft ohne sachlichen Ausgleich unmöglich. So sei der Gedanke

entstanden, die Festbaldosen zu einer „Reichshilfe“ heranzuziehen, nachdem man den Etat, so weit es noch möglich sei, verkürzt habe. Nur sehr schweren Herzens habe er sich zu diesem Entschluß, da er keinen anderen Ausweg sah, durchgerungen. Dieser Entschluß sei für ihn schließlich nur tragbar gewesen, weil diese Reichshilfe nur ein Teil eines großen Programms sei, dessen Endziel die Überwindung der schweren Depression bilde, unter der die deutsche Wirtschaft leide und die sich in der tiefenhaften Ziffer von Arbeitslosen äußere. Dieses Gesamtprogramm müßte darauf hinauslaufen, auf der ganzen Linie zu einer parlamentarischen Wirtschaft zu gelangen. Daher die Vorschläge zur Verringerung des Beamtenapparates und der Reform der Verwaltung, die in enger Zusammenhänge mit den Vorschlägen zur Reichsreform gebracht werden sollten. Daher die Vorschläge zur Reform der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, die nur die erste Etappe auf dem Wege einer großen Reform der Sozialversicherung überhaupt sein könnten. Daher auch die Notwendigkeit, das Wohnproblem als solches anzugreifen. Die Regierung habe gezeigt, daß sie durchaus gewillt sei, in dieser Frage ernst zu machen. Das geizige Verbindlichkeitsverhältnis des Denkmälers Schlieffen spräche. Es müsse der Versuch gemacht werden, auf dem ganzen Gebiet der Produktion zu einer Senkung der Löhne und Preise zu gelangen.

Die Regierung werde alles, was in ihren Kräften stehe, tun, um dieses Ziel zu erreichen. In diesem Zusammenhang könne dann aber nicht an dem größten Ausgabenposten, den Gehältern, vorbeigegangen werden. Es handle sich deshalb nicht um ein einseitiges Notopfer, das von einer bestimmten Gruppe verlangt werde, sondern um einen Versuch, in Wirtschaft und Verwaltung die Ausgaben zu senken und damit auch zu einer Senkung des Preisniveaus zu gelangen. Unter diesem Gesichtspunkt einer gemeinsamen Aktion und einer Auswirkung auf die Preise halte er das Vorgehen der Reichsregierung für tragbar. Lehne man es ab, so bleibe nur die Möglichkeit, entgegen den Etat ungeachtet zu lassen oder zu Steuern zu greifen, die produktionshemmend seien, wie es der Vorschlag etwa der sozialdemokratischen Fraktion zeige.

Brüning will sich nicht von Moldenhauer trennen.

Berlin. Wie die Telegraphen-Union aus der amtlichen Verlautbarung über die Kabinettsitzung vom Mittwoch ergänzend erfährt, hat sich der Reichskanzler im Kabinett vorbehalten, welche Empfehlungen er dem Reichspräsidenten für die Behandlung des „angebotenen Rücktrittsgesuches“ Dr. Moldenhauers geben wird. In politischen Kreisen vermutet man, daß der Reichskanzler sich unter keinen Umständen von Dr. Moldenhauer trennen will. Er soll das in diesem Sinne auch am Mittwoch nachmittag gegenüber führenden Persönlichkeiten seiner eigenen Partei geäußert haben. Das würde bedeuten, daß das Reichskabinett gegenwärtig wieder härter als in den letzten Wochen mit dem Gedanken umgeht, die von ihm für erforderlich gehaltenen Maßnahmen, nötigenfalls mit Hilfe des Artikels 48, durchzusetzen. Weiter wird vermutet, daß der Reichskanzler bereits heute Donnerstag nach Neudorf in Ostpreußen (Westpreußen) abreisen wird, um dort dem Reichspräsidenten Vortrag zu halten.